



## Zettelwahnsinn im Klimanotstand

**... wenn sich die SPD mal wieder „verzettelt“.**

Die Junge Union Erlangen und der Erlanger Bundestagsabgeordnete Stefan Müller, stellen sich entschieden gegen die jetzige Form der neuen Bon-Pflicht von SPD und Olaf Scholz. Laut der Vorsitzenden Sophia Schenkel fallen pro Jahr in Deutschland damit zusätzliche zwei Millionen Kilometer Thermopapierrollen an und reichen damit 55-mal um den Äquator. „Diese Massen an Papier sind daher nicht nur für das Klima ein Schlag ins Gesicht, sondern auch für die zahlreichen kleinen Einzelhändler in unserer Region.“

„Klar ist, Steuerhinterziehung muss bekämpft werden, aber die Buchungen werden ab Oktober sowieso fälschungssicher in den Kassen gespeichert und sind so bei Prüfungen jederzeit einsehbar. Gerade bei kleinen Beträgen ist die neue Regelung überflüssig und unverhältnismäßig“, so Nicolas Bucher, stv. JU-Kreisvorsitzender.

Um auf den seit Wochen laufenden Irrsinn aufmerksam zu machen, hat die JU eine Woche lang bei über 20 lokalen Einzelhändlern die übergebliebenen Kassenbons gesammelt und diese am Samstag früh in der Erlanger Innenstadt aufgehängt.

„Besonders widersprüchlich am Festhalten der SPD an der Bon-Pflicht für anonyme Massengeschäfte erscheint, dass in 68 Städten, überwiegend unter SPD Führung, der Klimanotstand ausgerufen wurde. Wer sich ernsthaft zur Klimapolitik bekennen möchte, kann nicht für eine solche Form der Bon-Pflicht sein“, so die JU-Kreisvorsitzende weiter. Warum sich der Erlanger SPD-Oberbürgermeister mit seinem Klimanotstand nicht schon längst an den Parteigenossen Olaf Scholz gewendet hat, ist uns ein Rätsel. Vielleicht würde ein Besuch in einer Bäckerei motivieren.

Mit diesem Zettelwahnsinn tut die SPD weder der Umwelt etwas zu Gute noch ihren Umfragewerten.

Wir wollen daher die Forderung unseres Bundeswirtschaftsministers Peter Altmaier unterstützen und erwarten eine Bagatellgrenze für Kleinstbeträge. Unterm Strich eine vermeidbare, finanzielle und umweltschädliche Mehrbelastung. Danke, SPD. Danke, Olaf Scholz.